

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das vierteljahr 5 Mark.

Verlag Heinrich Jährenbrach, Düsseldorf 100, Tannenstraße 33.
Druck und Verkauf J. van den Heuvel, Erfeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Telefon: 4692.

Die Idee der Generalausperrung

hat der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der deutschen Textilindustrie, Dr. Klaue-Berlin in einem Rundschreiben an die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes propagiert. Seine Berechnung ist folgende: Je größer der Kampf, desto größer sind die Opfer der Arbeiter; desto stärker wird die Gewerkschaft finanziell belastet und umso schwächer ist die Widerstandskraft derselben.

Was bisher als eine tolle Idee der klassenkämpferischen Sozialdemokratie galt, geht heute bei den Scharfmachern im Unternehmerlager wieder um: Die Idee der Generalausperrung.

Dieselben Textilfabrikanten, die ihren Arbeitern angeblich wegen schlechter Verdienste nicht auslösbarliche Löhne zahlen, wollen hunderttausende Mark beisteuern, zum Niederringen der Arbeiter. Eine Anzahl führender Unternehmer in den Kreisen der Großindustriellen des Textilgewerbes sind bestrebt von einer tiefegehenden Feindschaft gegen die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter. Man will die Arbeiterverbände wieder zu Boden ringen, die unmenschliche Herrschaft des Unternehmers über den Arbeitsvertrag wieder aufzurichten, den Arbeiter wieder in die vollständige Abhängigkeit von der Gnade und Ungnade des Unternehmers zwingen. Dann wäre dem weiteren Aufstiege des Arbeiters zu höherer materieller Kultur ein Halt gesetzt, ja, der Unternehmer könnte mit Leichtigkeit die Kurve der Lebenshaltung der Arbeiter wieder tief heruntertreiben. Darauf ist der Inhalt des Rundschreibens von Dr. Klaue vom 3. Juni 1922 abgerichtet.

Das Scharfmachertum im Unternehmerlager will zur Erreichung der hier angeführten Zwecke

die Arbeiterverbände zu Krüppeln schlagen.

Die Vorgänge der letzten Wochen im deutschen Wirtschaftsleben bilden eine ernste gewerkschaftliche Predigt für jeden Arbeiter, der seine Interessen und sein Recht nicht wie ein wertloses Spielzeug preisgeben will. Mit aller Wucht und Raffinesse führen die Scharfmacher im Unternehmerlager einen Kampf gegen die materiellen und ideellen Güter des Arbeiterstandes. Dieser Dingen müssen wir Auge zu machen. Sie brauchen uns wahrhaftig nicht scheuen zu machen. Nein, im Gegen teil. Sie sind ein sicherer Beweis dafür, daß wir Arbeiter eine imponierende und gefürchtete Macht geworden sind und daß wir schon einen guten Teil unserer gerechten Forderungen haben durchsetzen können.

Die Unternehmer haben schon vielsach Wasser in ihren Wein gießen müssen. Schon mancher Scharfmacherplan ist bereits zuschanden geworden. Über:

Was wird uns die Zukunft bringen?

Auf Seiten der Unternehmer wird weiter gerüstet werden. Und was tun wir Arbeiter? Einmal alle Arbeiter und Arbeiterinnen aufzulären über die Pläne, die im Arbeitgeberlager umgehen. Wir haben die Arbeiterschaft zu erziehen zur

Kontakt und Kampfbereitschaft.

Wir müssen opferwillig sein. Die Gewerkschaftskämpfe werden immer größere Summen Geldes verschlingen. Diese Kosten müssen wir uns gewachsen zeigen. Ein armeliger Gejelle der Arbeiter, der bei diesem entscheidenden Schlage mutlos und feige die Fahne verlassen wollte. Unverantwortlich die Handlungswelt jener Mitglieder, die sich an Sammlung oder Extraarbeit vorbeibrüden. Es ist eine selbstverständliche Entwicklung der Dinge, daß die gewerkschaftlichen Kämpfe an Umfang ins Ungeheuer wachsen. Immer größere Massen werden in den Kampf geführt, immer breiter wird die Grundlage des Kampfes.

Darum muß auch dem Verbande gegeben werden, was er zur Wahrung der Interessen seiner Mitglieder braucht. Alle Mitglieder sollten

ernstlich bedenken, was auf dem Spiele steht. Durch Opferwilligkeit sollten sie zeigen, daß sie entschlossen sind, im gegebenen Moment

den Scharfmacherplänen die Stirne zu bieten.

Die Freiheit, die sie meinen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und alle ihm angehörigen Organisationen haben im Laufe der vergangenen Wochen die ruchlose Mordtat an unserm Außenminister Dr. Rathenau durch öffentliche Kundgebungen schärfstens verurteilt. Es wurden in allen diesen Versammlungen strikte Maßnahmen zum Schutz der Deutschen Republik gefordert. Fast das ganze Volk erhob sich wie ein Mann gegen die Putzhaken und Bolschewiken von rechts. Die Rathenau-Gedächtnisseiern nahmen im ganzen Reich einen würdigen und eindrucksvollen Verlauf. Die Kundgebungen waren eines Mannes wie Rathenau, dem die Ehre und das Ansehen seines Landes höchstes Gesetz und jedes Opfer wert war, in jeder Beziehung würdig.

Nun ist aber mit dem größten Bedauern festzustellen, daß das von Rathenau eingeleitete Werk zu einem großen Leid wieder illusorisch gemacht worden ist durch eine von den drei sozialistischen Parteien im Verein mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der AfA (Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände) beschlossene Demonstration für Dienstag, den 4. Juli. Es sollte eine Kundgebung für ein Gesetz zum Schutz der deutschen Republik sein. In Wirklichkeit hat aber diese sozialistische Demonstration im ganzen Deutschen Reich während und nach ihrem Verlauf Gewaltakte und einen Terror gezeigt, der in keiner Untertheit nur von den dunkelsten Tagen der Revolutionszeit übertrroffen wird. Die Tageszeitungen konnten aus allen Teilen Deutschlands über sozialistische Terrorakte widerlichster Art berichten. In vielen Städten und Gemeinden ist es zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Eine große Zahl Menschenleben sind dabei umgekommen und noch viel größer ist die Zahl der Verletzten.

Was schon die Rathenau-Gedächtnis-Demonstration mit der erzwungenen Arbeits einschaltung aus der brutalen Geschäftsschicht eine Handlung, die in ihren Folgerungen durchaus nicht dem Handeln und Wollen Rathenaus entsprach, so war aber die für den 4. Juli „befohlene“ Demonstration eine noch größere Sünde am deutschen Volkswirtschaftskörper. Nach oberflächlicher Schätzung von Sachverständigen sind am 4. Juli durch die hilflose Arbeiterschaft der Volkswirtschaft 150 Millionen Mark entzogen worden. Außerdem: die Folgen des Rathenau-Mordes war ein Steigen des amerikanischen Dollars. Wenn er aber jetzt die geradezu benötigende Höhe von 500 erreicht hat, dann ist das zu einem sehr großen Teile auf die sozialistische Demonstration vom 4. Juli bezw. auf die Begleiterscheinungen dieser „Demonstration“ zurückzuführen.

Aus dem heutigen deutschen Glend kommen wir einzigt und allein durch politische und wirtschaftliche Vernunft heraus. Der Gewaltgeist von draußen wird aber sicherlich nicht durch den Gewaltgeist im Inneren Deutschlands niedergeschlagen. Das Vorzeichen der sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften mit ihren fortgesetzten Strafanzeigen und Arbeitsniederlegungen in einer durch nichts zu rechtfertigende Maßnahme. Es ist gar nichts anderes als wie das Streiken, sogenannte sozialdemokratische Parteidemanderungen mit Mitteln gewerkschaftlicher Art durchzuführen. Das müssen wir ein für allemal mit aller Entschiedenheit ablehnen. Die letzten gewerkschaftlichen Mittel sind uns viel zu stark, um ihre Wirkungen abzuschwächen zu lassen durch solches Vorgehen und die Klug im Innern Deutschlands noch zu verschärfen.

Wir befinden uns da in voller Übereinstimmung mit dem Hauptorgan der Mehrheitssozialisten, dem Berliner „Vorwärts“. In einem mit „Gegen die Bestörer“ überzeichneten Leitartikel in der Nr. 210 vom 5. Mai 1922 heißt dieser wörtlich:

„Früher eine unheilvollende Waffe, steht der politische Streik heute in Erfurt, in den Augen der Radikalen nicht zu einem ruhigen Holzmeister zu verwandeln. Das ist eine Erfüllung, die jedem Sozialdemokraten in tiekster Seele Schmerz bereiten muß. Es kommt nicht nur daran, ob ein wichtiger Streik im Augenblick ohne besondere „Zwischenfälle“ statt vorläuft, sondern man muß seine Fernwirkung im Auge behalten. Die politischen Lehren der Linken der Generalstreikpropagandisten sind bisher aber nichts weniger als erstaunlich.“

Der „Vorwärts“ bepricht dann diese Lehren und weist im einzelnen nach, wie iron oder gerade infolge der Generalstreikpropaganda in Berlin, in Sachsen und in Braunschweig die sozialistische Mehrheit in eine Minderheit verwandelt worden sei. Der „Vorwärts“ ist bis jetzt ein einigermaßen Ruster in der Wüste geblieben. Auch am 4. Juli haben die Kreise um den „Vorwärts“ der Diktatur der Straße wiederum Zugeständnisse gemacht. Wir bestreiten keinen Menschen und keiner Organisation das Recht, soviel zu demonstrieren, wie immer sie wollen, aber das eigene Recht darf nicht zur Vergewaltigung anderer führen! Was ist das denn für eine Demokratie, die für

sich alle Freiheiten in Anspruch nimmt, andern aber selbst das geringste Maß persönlicher Freiheit verwehrt? Weite Volkskreise danken mit Recht für eine solche Demokratie, die einen Vorgeschmack von der Diktatur der Straße gab. Haben wir denn eine demokratische Republik oder ein sozialistisches Staatswesen?

In Düsseldorf verfuhr ein Trupp der sozialistischen Demonstranten, die Bürosäume der christlichen Gewerkschaften in der Fußspritze zu führen. Die Gewerkschaftsskretäre wollten man die Treppen hinunterwerfen. Da diese sich entschieden zur Wehr setzten, zogen die Sozialisten schließlich ab, nachdem man vorher einen alten auf seinem Büro anwesenden Sekretär mitsamt dem grätesten Sekretär verdeckt hatte. Eine vom Deutschen Gewerkschaftsbund angelegte Versammlung mußte vertagt werden, um weitere Tätschkeiten zu verhüten. Mit Recht wurde dabei festgestellt, daß besser wie jede Rede solche Art Demonstration für den Zusammenschluß aller auf Freiheit, Recht und Ordnung haltenden Arbeiter und Angestellten im Deutschen Gewerkschaftsbund werben würde.

So demonstriert man für eine Republik, wie jene Kreise sie wünschen! So steht die Diktatur des Proletariats aus, vor der uns der Himmel bewahren möge! Nicht aus Sympathie für dieseljenigen, die da glaubten, ihre republikanische Gesinnung durch Nichtstun dokumentieren zu müssen, sondern lediglich aus Furcht vor der Diktatur der wilden aufsehenerregenden Masse sahen sich die Gewerkschaftshäuser, die Kaufmannschaft und die privaten Büros gezwungen, ihre Räumlichkeiten zu schließen, um so diebischen und zerstörungswütigen Eindringlingen die Möglichkeit zu nehmen, ihrem gemeinen Treiben obzulegen. Wer es wagte, in seinen Räumen zu arbeiten oder arbeiten zu lassen, dem drohte der wilde Mob ins Haus und erzwang die Arbeitseinstellung. Das ist die Freiheit, die sie meinen! Und das soll demokratisch und republikanisch sein? Wir danken für eine Republik, für die mit brutaler Gewalt und Gewalt gegen einen Gaukler demokratisch wird! Noch einige Demonstrationen von der Art wie die am 4. Juli, und die republikanische Gesinnung ist dem letzten demokratisch gesonnenen Deutschen ein Gall.

Zur Zeit der Niederschrift dieser Zeilen gelte eine Drahtnachricht durch die Tagespresse, wonach die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften beschlossen haben sollen, am Dienstag, den 11. Juli, wiederum einen allgemeinen Generalstreik, der sich über ganz Deutschland erstrecken soll, wegen der Leistung stattfinden zu lassen. Demnach stehen die Sozialisten aller Schattierungen für die Zukunft den Dienstag jeder Woche zu einem obligatorischen Demonstrationstag machen zu wollen. Oder will man mit diesen unausgeglichen politischen Streiks etwa die Truppen im sozialistisch-kommunistischen Lager einenergiert für eine neue Revolution mit dem Ziele der Errichtung einer Diktatur des Proletariates? In diesem Falle können uns nur jene gedankenlosen Mitläufer leid tun, die da meinen, diese Demonstrationen hätten nur den Zweck, die deutsche Republik zu schützen. Diese Leute wollen die Beschützer der deutschen Republik sein? Bringen sie dieselbe aber nicht gerade so gut in Gefahr als wie jene Rechtsputschisten, die die republikanische Verfassung unterwühlen, beschlimpen und die führenden Männer der deutschen Republik schmähen und am Leben bedrohen? So manche Unzählig deuten darauf hin, daß wir in Deutschland legten Endes womöglich doch noch durch dasrote Meer hindurch müssen. So scheinbar diese Tatsache an sich wäre, das Tote würde sie aber zur Folge haben, daß sie beweisen würde, daß die Scheiter im radikalen Lager zu einer wirklichen passiven Kehrt zum Wohl des deutschen Volkes vollständig unfähig sind. Nichts kann in der Welt das Unsehen der deutschen Republik schwerer schädigen als wie diese unausgeglichenen Demosiations- und Generalstreikbewegung an sich und ihren Verwilderten Auswüchsen. Jeder einfältige und verantwortungslose Mensch muß das Bestreben der Regierung tatsächlich unterstützen, das innerpolitische und wirtschaftliche Leben Deutschlands wieder zur Ruhe kommen zu lassen. Mit politischen Streiks und Putschern wird unsere Lage nicht gebeffert. Uns kann nur Rettung bringen eine Umnutzung der Gesinnung im Sinne christlichen Denkens. In diesem Sinne hat der deutsche Reichskanzler Dr. Wirth bei der Gedächtnisfeier für Rathenau im Reichstag gesprochen. In ähnlicher Sinne spricht der Führer der deutschen Volkspartei. Streiken kann, seine Abhandlung über die politische Lage, indem er fordert: Die Regierung schlägt Maßnahmen vor zum Schutz der Republik. Sie wird sich darüber klar sein, daß das nur ein Aushilfsmittel für Zeit sein kann. Man kann Gewaltungen und Verantwortschätzungen in einem Volke nicht mit Polizeiaktionen bekämpfen. Die Spuren sollten in dieser Beziehung gerade die Sozialdemokratie schreien. Was wir brauchen ist eine Beendigung der gegen seitigen Feindseligkeiten der Parteien und der Beschwörungen der Personen, die sich in den Dienst der deutschen Politik stellen. Man muß brauchen ein vertrauensvolles Zusammenwirken aller auf dem Boden der Verfassung stehenden Parteien und Richtungen gegen alle Extremen, von welcher Seite sie auch kommen mögen.

Handeln wir in den christlichen Gewerkschaften nach diesen goldenen Worten, dann leisten wir der deutschen Volksgemeinschaft den wertvollsten Dienst.

Auf eine Erschöpfung

Zur Arbeitszeitfrage.

Das Reichsarbeitsministerium hatte die Arbeitgeberverbände der deutschen Textilindustrie sowie die drei Textilarbeiterverbände aufgefordert, am 6. Juli 1922 Vertreter nach Berlin zu entsenden, um erneut in der Arbeitszeitstreitsache zu verhandeln und zunächst eine Verständigung herbeizuführen. Außer den zahlreich erschienenen Vertretern der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände nahmen teil vom Reichsarbeitsministerium Oberregierungsrat Goldschmid als Verhandlungsleiter und vom Reichswirtschaftsministerium Scheimai Hagemann.

Die Verhandlungen verliefen trotz der eifrig vermittelnden Bemühungen der Regierungsvertreter ohne praktisches Ergebnis, weil die Arbeitgeber nicht nur jedes positive Eingehen kamen ablehnten, sondern auch keinerlei Vorschläge für die Regelung der Arbeitszeit machten. Sie verharren auf ihren bekannten Forderungen im Sozialausübung der Reichsarbeitgemeinschaft der deutschen Textilindustrie, die in Nr. 25 der "Textilarbeiter-Zeitung" abgedruckt sind.

Die Vertreter der Textilarbeiterverbände erklärten ausdrücklich ihre Bereitwilligkeit, den jeweiligen anerkannten Bedürfnissen der Betriebe durch Leistung von Überstunden Rechnung zu tragen. Es wurde den Regierungsvertretern ein Vorschlag unterbreitet, laut dem die Gewerkschaften bereit sind, ein gesetzliches Arbeitszeitstatut zu treffen, welches die Ausführungsregelungen dem Betriebsrat überlassen soll. Aus wirtschaftlichen oder betrieblichen mündlichen Gründen lieberstunden von der Betriebsleitung gefordert werden, soll deren Regelung durch Vereinbarung zwische der geistlichen Betriebsvertretung der Arbeiterschaft und der Betriebsleitung erfolgen. In Differenzen soll eine partitär besetzte Schlussstelle endgültig entscheiden, sobald in allen anerkannten Bedürfniszügen Überarbeit geleistet werden muss.

Auch diesen Vorschlag haben die Arbeitgebervertreter abgelehnt, ohne irgendwelche Abänderungen oder Ergänzungsvorschläge zu machen. Die hartnäckige Forderung beharrten sie an ihrem Beratungen, das auf Anforderung der Betriebsleitung möglichst schnell zu einer Vereinbarung kommen werden, fassend sich nur vorbehaltlich, wenn die Arbeitgeber endlich bereit sind, die Sklavothitie in die Lade zu stecken und den tatsächlichen Bedürfnissen der Industrie Rechnung tragend sich auf den Kosten des Arbeitnehmerentgeltes stellen. Zum sie das nicht, so müssen sie die Verantwortung für die kommenden angekündigten Fälle wie für die unangemessene Bezahlung der Zukunft übernehmen.

Erneut war die Nachvertrierung der jüdischen Arbeitgeberverbände bei den Verhandlungen im Arbeitsministerium.

An unsere Mitglieder ergeht ernst die Aufforderung, durch Wahl der höchsten Beitragsklassen wie durch Leistung der Extrabeiträge für die Stützung unseres Kampfunds zu sorgen.

Konfessionelle Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften.

Die Überschrift sagt uns, wozu hier die Rede sein soll. So wollen wir an dieser Stelle die Frage erörtern: Sind diese beiden, in der Konkurrenz bestehenden Bewegungen aufeinander angewiesen oder bewirken sie einander zu?

Die Entstehung der christlichen Gewerkschaften ist auf die Zeit jenseit der Kriegsjahre, daß die bereits bestehenden freien Gewerkschaften von der Sozialdemokratie begierig wurden, der Kampf gegen Kirche und Religion bei jeder Gelegenheit in die Erziehung trat. Hierzu trat die Propagierung des Klassenkampfgedankens. Das war weitreichender. Daß es in der christlichen Arbeiterschaft vorausging, um zu erfahren, daß auf dem Wege der Arbeit am Ende eines Erfolgs ringender Arbeiterschaft wirtschaftliche und geistige Erziehung nicht gebracht werden können. So entstanden die christlichen Gewerkschaften. Freilich nicht so schnell, wie es hier zu lesen ist. Der moderne Hindernis wurde überwunden werden, selbst in jenen Kreisen, von denen eine Fortsetzung der christlichen Arbeitserziehung hätte erwartet werden dürfen. Die Tatsache bleibt jedoch bestehen, daß es einen ersten Schritt über die Zähmung der christlichen Gewerkschaften gebracht wurde, die Christenarbeit und Christusverehrung in hervorragendem Maße zur Stärkung und Nachreinigung der christlichen Gewerkschaften beigebracht haben.

In der Vorläufigen Zeit haben die konfessionellen Arbeitervereine in ihren Schulungs- und Bildungsstätten der christlichen Gewerkschaftsbewegung gutes und helles Material herangeholt. Es mag richtig angesprochen werden, daß die christlichen Arbeitervereine zum großen Teil unter der sozialdemokratischen Richtung der sozialdemokratischen Verbindungen Berliner Richtung mit unserer Bewegung engste Beziehungen haben. Eine ganz wichtige drittmittige Gewerkschaftsführer haben sich bis kurz vor dem Kriege ihre erste Ausbildung in einer Schule zum ersten Teil in den christlichen Arbeitervereinen angetragen. Ebenfalls haben die Gewerkschaftsfunktionäre in den konfessionellen Vereinen ihr Agitationsspiel, um die darin an-

gemachten. Wurde hierbei auch einmal allzu eifrig gehandelt, so war das menschlich verständlich. Der Geist hilfsbereiten Christentums, der in den konfessionellen Arbeitervereinen gepflegt und vertieft wurde, übertrug sich naturnäher auf die Gewerkschaftsfunktionäre, die mit diesen Vereinen in inniger Verbindung standen. Diese erkannten den hohen Wert des gegenseitigen Hand-in-Hand-Arbeitens. Hier Pflege des Seelenlebens, Gewinnung der sittlichen Kraft, die notwendig war, um dort die harte Gewerkschaftsarbeit, das Ringen des Arbeiterstandes um Gleichberechtigung, um annehmbare Lohn- und Arbeitsverhältnisse in die rechten Gleise leiten zu können.

So war es vor dem Kriege! Leider ist das Bild jetzt ein wesentlich anderes, ungünstigeres. Ein gegenseitiges Ergänzen in dem Maße wie vor dem Kriege gibt es nicht mehr! Wie kommt das, welche Ursachen liegen hier zugrunde? Nach dem Ausbruch der Revolution strömten die Arbeiter in Massen den gewerkschaftlichen Organisationen zu. Diese müssen ihren Beamtenapparat bedeutend vergrößern, um den Zustrom zu erfassen und unterzubringen. Wenn hierbei Mißgriffe in der Auswahl der Gewerkschaftsführer vorgekommen sind, so lag das in den Verhältnissen begründet und ein Vorwurf ist da wirklich nicht am Platze. Zudem drängte die immer schwerer werdende Frau der Selbstverhaltung als Volk alles andere, besonders die fehlenden Fragen, vollständig in den Hintergrund.

Ein weiteres Moment: Die Gewerkschaften erlangten durch die staatlichen Umwidlungen hohe politische Bedeutung. Eine ganze Reihe ihrer Führer wurden in seitende Staatsämter berufen. Die wirtschaftlichen und politischen Geschäftsführer wurden von den Gewerkschaften beeinflußt. Während die konfessionellen Arbeitervereine statt ebenfalls emporzusteigen, sich eher noch nach rückwärts entwickelten. All diese Umstände begünstigten eine gewisse Entfremdung. Diese ist also psychologisch betrachtet, leicht verständlich.

Für die Folgezeit ein weiteres Moment der Entfremdung: Durch das sprunghafte Emporschneilen sämtlicher Errungenschaften, die zur Lebenshaltung notwendig und erforderlich waren, wurden die Gewerkschaften von einer Lohnbewegung zur anderen gehegt. Die harte Not der Zeit ließ für nichts anderes Interesse mehr aufkommen. Ein großer, wenn nicht der größte Teil der Arbeiterschaft sah in den Gewerkschaften nur eine Lohnhöhungsmaschine, in der man oben einen Zehner hineinwirft, um unten einen Hundert herauszu ziehen. So trat bei einem großen Teil der Mitgliedschaft und auch deren Führer gegenüber kulturellen und seelischen Fragen eine gewisse Gleichgültigkeit, Teilnahmefreiheit ein. Man vergaß ganz, die großen sittlichen Werte zu pflegen, ohne die eine Arbeiterbewegung keine fruchtbare Arbeit zu leisten imstande ist.

Was ist hier zu tun? Die Gegenwart hat die Arbeiterschaft, speziell die christlich organisierte Arbeiterschaft vor jüngere Zeiten gestellt. Ohne starke sittliche Kräfte werden diese Zeiten nicht gelöst werden können. Der Einzelne kann und muß diese Kraft in seiner Religion finden. Die Gewerkschaften können sich, da sie interkonfessionell sind, nicht mit den religiösen und kulturellen Fragen im engeren Sinne befassen. Die Verhältnisse weisen uns darum mit zwingender Notwendigkeit den Weg zu den konfessionellen Arbeitervereinen zurück. Hier ist es, wo die Quellen jüngerer Erneuerung, stützender Kraftentfaltung zu suchen beginnen. Es zeigt daher von einer großen Unkenntnis der Verhältnisse oder auch von Überflüssigkeit, wenn von einem Gewerkschaftsführer gesagt wird: "Das bishen Kulturarbeit leisten wir auch noch." Egoismus ist das Ubel, an dem auch unser Volk, einschließlich des Arbeiterschafts, ernstlich erkrankt ist. Heilung kann nur kommen, wenn Jeder und Jede bestrebt ist, dieses Ubel bei sich zu besiegen. Nur aus dem Geiste einer Kulturschaffenschaft heraus wird uns ein wahres Gemeinschaftsleben entstehen. Nicht nur Nehmen wollen, sondern vor allen Dingen auch Geben wollen ist es, was unsere Zeit so dringend bedarf. Wieviel Not, wieviel Elend könnte mit ein ganz, klein wenig Liebe, mit ein ganz klein wenig Opfergeist beseitigt werden? Wenn es wahr ist, daß die christlich organisierte Arbeiterschaft Deutschlands den Saatgut soll, der zur Erneuerung nicht nur unseres Volkes, sondern der ganzen Welt führt, dann ist es sicher eben so wahr, daß dieses Ziel nicht durch Zersetzung vom Einzelnen sowohl wie von der Gesamtheit nicht zu erreichen ist. Es wird deshalb notwendig sein, auf beiden Seiten alles was an menschlichen Schwächen vorhanden ist, bereit zu stellen. Selbstzerzeugung, Selbstüberwindung ist das Lösungswort, das uns auch breite Türen öffnet. Die konfessionellen Arbeitervereine sind, sollen und müssen die Stätten sein, wo diese starke sittliche Kraft gepflegt und gesünder wird. Handeln wir danach, damit uns nicht später das Grauen vor der Zukunft erschreckt und unsere Kräfte erschlagen führt.

Friede! Ein, Einsamkeit.

Mehr Verantwortungsgefühl, ihr Allen!

Im gemeinschaftlichen Hauptversammlung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes haben wir folgende beispielswerte Ausführungen:

"Jungen und Mädchen, die jetzt mit der Schule abschließen, in die Betriebe zur Erlernung eines Berufes hinzuzutreten, gehen damit in ein ihres bisher unbekannt gewesenes Leben. In aus heutiger Sicht wahrhaft der Spalt zwischen den Arbeiterschülern Erwerbsarbeit geleistet werden, so ist doch nicht zu verkennen, daß erst jetzt der Hauptteil des Lases und damit des Leidens dieser Jugendlichen aus dem Hause der Eltern heraustritt wird. Den jungen Menschen erscheint jetzt in der neuen Umgebung neue Lebensweise, neue Vorstellungen, deren sie bedürfen, zu denen sie aufzugehen. Damit ist nicht gezeigt, daß in allen Jugendlichen ein direkter Willen zur Heranführung der älteren Kollegen vorhanden ist. Das Denken wird diese Dinge nur bei schreitend, etwas kritisch vermeinten Jugendlichen treten. Die Mehrzahl wird entweder sich widerstands- oder willenslos durch die Umgebung in ihrem Ausbildungsweg, Sitten und Gewohnheiten fernhalten oder darüber hinaus das

Bestreben haben, recht bald im Außen und Wesen den Erwachsenen gleichzukommen. Von den Zwanzig- oder Fünfzehnjährigen ist nicht zu verlangen, daß ihnen schon die Bedeutung der Worte: "Eines schätzt sich nicht für alle" klar wird. Um dies an einem alltäglichen Beispiel zu zeigen: Der fünfzehnjährige Metallarbeiter wird nicht erkennen, daß es nicht das gleiche ist, ob er die wenigen Minuten der Arbeitspause benutzt, um eine Zigarette zu rauchen oder ob dasselbe ein dreißigjähriger Arbeiter tut, dessen Organismus den Höhepunkt seiner Entwicklung bereits erreicht hat. Der Jugendliche sieht hier nur das Neugere, das Rauchen, und denkt nicht an die grundverschiedenen Voraussetzungen, die der Junge und der Alte in ihren Körpern mitbringen.

Man mag zum Tabak- und Alkoholgenuss stehen wie man will, klar ist sich jedenfalls jeder darüber, daß die Jugend in ihren Entwicklungsjahren vor den Schädigungen durch diese Dinge bewahrt bleiben muß. Und ganz außerfellos ergeben sich Schädigungen für die jugendlichen Körper, wenn Gewohnheiten entstehen, von denen noch nicht nachgewiesen ist, daß sie dem ausgewachsenen Organismus nützlich sind.

Dieser kurze Hinweis zeigt schon, wie auf die Jugendlichen in den Werkstätten, Büros usw. auf alle Fälle Einfluß ausgeübt wird, ob dazu eine Absicht vorhanden ist oder nicht. Genau so, wie wir als freie Gewerkschafter aber bestrebt sind, aus dem heutigen Wirtschaftsleben und damit aus dem Leben des Proletariats das unheilvolle Wirken des Zufalls auszuschalten, so müssen wir es uns auch angelegen sein lassen, den Einfluß, den nun einmal jeder Erwachsene auf die mit ihm in Berührung kommende Jugend ausübt, aus dem zufälligen zu einem gewollten zu machen. Ist dieses Bestreben vorhanden, so wird gleichzeitig damit das Verantwortungsgefühl zum Bewußtsein kommen, das jeder Erwachsene gegenüber den seinen Einflüssen ausgeübten Jugendlichen haben muß. Wäre dies Gefühl schon heute überall anzutreffen, so könnte es nicht vorkommen, daß Jugendliche selbst sich über das Verhalten ihrer älteren Arbeitskollegen zu beklagen haben, wie dies kürzlich auf einer Tagung der Arbeiterjugendvereine des Bezirks Hessen-Nassau geschah. Dort wurde folgende Entscheidung angenommen:

Gegen die Zotenreicher!

Unsere Arbeiterjugendorganisationen streben eine Erziehung in Reinheit und Schönheit. Was aber nutzt uns alles gute Wollen, wenn wir in den Betrieben oft rohen Späßen, unsittlichen Gesprächen älterer Arbeitskollegen ausgesetzt werden. Besonders stark liegen die Verhältnisse in den Betrieben, wo beide Geschlechter gemeinsam arbeiten. Wie mancher junge Mensch ist dort schon verführt worden. Wir, die wir in den Arbeiterjugendorganisationen zu neuer Lebensform und sittlicher Reinheit streben, wir rufen euch, ihr älteren Arbeitgeber und -schwestern, die ihr mit uns fühlt und unser Wollen versteht, auf, mit uns den Kampf gegen die sittliche Verzögerung und die unsittliche Beeinflussung in den Betrieben aufzunehmen und uns darin kräftig zu unterstützen.

Wer auch nur etwas Gefühl für Menschenwürde besitzt und glücklicherweise ist es doch in Arbeiterkreisen oft stärker als in den andern Schichten vertreten, wird angeben müssen, daß dieser Ruf der Jugendlichen an ihre älteren Kollegen und Kolleginnen nicht ungehört verbleiben darf. Es muß jedem Erwachsenen selbstverständlich sein, auch vor freudigen Jugendlichen sich nicht anders zu geben, als dies vor den eigenen Kindern geschehen würde. Es ist allen bekannt, daß durch den Krieg und die militärische "Erziehung" während dieser Jahre der Umgangston in vielen Kreisen eine starke Verbesserung erfahren hat. Das sollte den befreundeten älteren Arbeitern um so mehr Verantwaltung geben, auf ihre jüngeren oder unbedachteren Kollegen einzutwirken, damit diese nicht ihre Kriegserinnerungen den Jugendlichen unverfälscht oder sogar in vergrößert Art übermitteln.

Allgemeine Rundschau.

Das Gegenteil ist wahr!

Der "Vorwärts" sucht in seiner Nr. 238 vom 21. Juni den christlich-nationalen Mitgliedern des vorläufigen Reichswirtschaftsrates wegen der Brotpreis-Umlage eins anzuzeigen. Es wird in der Notiz so drauflos geflunkt, daß der Unbekannte zu der Aufstellung kommen muß, als hätten die Christlich-nationalen gegen die Umlage gestimmt. Gabe der Vorwärtsberichterstatter der Wahrheit die Ehre, dann hätte er gerade das Gegenteil berichten müssen. In der Sitzung des Unterausschusses für Landwirtschaft und Ernährung des R. W. R. am 10. Juni war es ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften, der sich über vier Stunden lang mit den Vertretern der Landwirtschaft scharf aber sachlich auseinandersetzen mußte, um die Umlage zu retten. Nur ein Vertreter der freien Gewerkschaften griff einmal zur Unterstützung des Christlichen Vertreters ein, mußte dann aber wegen Teilnahme an einer anderen Sitzung weg.

Der Bazaar von den freien Gewerkschaften war Protokollsführer und wird dies bestätigen. Alle andern Herrenjäger glänzen durch Abwesenheit. Am Dienstag, den 12. Juni, besetzte sich der Wirtschaftspolitische Ausschuß in Gemeinschaft mit dem Unterausschuß für Landwirtschaft und Ernährung mit derselben Frage. Auch in dieser Sitzung kontrastierten zwei Vertreter des deutschen Gewerkschaftsbundes hart für die Umlage und am Mittwoch, den 13. Juni wurde die Regierungsvorlage mit Hilfe der Vertreter des D. G. B. im Plenum des R. W. R. zur Annahme gebracht. Dies wissen auch die Vorwärtsleute. In dieser Sitzung ändert auch nichts, daß einige Vertreter des Zentralverbandes der Landarbeiter für freie Wirtschaft eingetreten sind. Sie raten es aus ganz anderen Gründen als sie ihnen der Vorwärts zu unterstellen scheint. Dass die Landarbeitervertreter eine abweigende Haltung einzunehmen, liegt eben an den Verhältnissen, beweist aber auch, daß im D. G. B. noch freie Wahrnehmung Platz hat. Die unfalternden Mitglieder der Vorwärtsleute erreichen höchstens das Eine, daß die Kluft zwischen Stadt und Land erweitert wird. Sozialistische Verdächtigungen der christlich-nationalen Vertreter wur-

Kampfesmut und Arbeiterstolz

den ja auch im vorigen Jahre wegen der Umlage bezw. des Getreidepreises im Vorwärts den Genossen aufgetischt, während von Arbeitnehmerseite nur Genossen den Getreidepreis in der Indexkommision errechnet hatten. Derartige Verdächtigungen hängt man einfach niedriger. Das Prinzip mancher Genossen scheint eben zu sein: Verdächtige drauf los, es bleibt immer was hängen.

Indexziffer im Monat Juni 3779.

Die nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamtes über den Aufwand für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung berechnete Indexziffer für Lebenshaltungskosten ist im Durchschnitt des Monats Juni auf 3779 gestiegen, gegenüber 3462 dem Monat Mai. Die Steigerung beträgt demnach 9,2 gegen 9,0 Prozent vom April und Mai. Die Ernährungskosten erhöhen sich in ungefähr dem gleichen Maße wie die Gesamtausgaben (um 9,4 Prozent). Die Reichsindexziffer für die Ernährungskosten stellt sich im Durchschnitt des Monats Juni auf 5119. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten ist hauptsächlich durch wesentliche Preiserhöhungen für Nahrungsmittel, Fleisch, Fette, Zucker, Eier und Milch verursacht. Auch Brennstoffe sowie Gas- und Elektrizität sind überall teurer geworden. Andererseits haben sich die im Vormonat stark im Preis gestiegenen Kartoffeln (alter Ernte) in der Berichtszeit überall wesentlich verbilligt. Die wöchentlichen Preiserhöhungen infolge der neuen Waltung verschlechterten kam für Juni noch nicht zum Ausdruck. In den mittleren und kleineren Städten zeigt sich diesmal mehr ein größerer Fortschritt der Teuerung als in den Großstädten.

Die rückständige Arbeitslöhnnung aus der Zeit der englischen Kriegsgefangenschaft
haben zahlreiche ehemalige Kriegsgefangene noch nicht erhalten. Im Interesse der Anspruchsberechtigten hat sich der Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädiger, Berlin No. 18, der Reichstagsabgeordnete Thiel, mit der Reichsregierung ins Benehmen gesetzt. Über die Gründe, die die Auszahlung seither unmöglich machen, äußert sich das Reichsfinanzministerium in seinem Schreiben an Herrn Thiel wie folgt:

Die Auszahlungen für rückständige englische Arbeitslöhnnung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener konnten erst nach Eingang der von der englischen Regierung aufgestellten Guthabenlisten erfolgen. Diese Listen trafen ein, nachdem die Heimkehrer bereits aus der Gefangenenschaft zurück waren. Aus diesen Gründen allein ist zu erkennen, welcher Beitrag an rückständiger Arbeitslöhnnung, Postgeld usw. jedem einzelnen Heimkehrer zusteht. Sie bilden daher die einzige Unterlage zur Auszahlung dieser Gelder. Vor Eingang der englischen Listen war es nur möglich, den Heimkehrern auf Grund der von ihnen angemeldeten diesbezüglichen Forderungen Vorschüsse bis zu 100 M. aus Reichsmitteln zu zahlen, sofern glaubhaft gemacht werden konnte, daß ein Anspruch bis zu dieser Höhe bestand.

Die Auszahlungen nach den englischen Listen sind bereits seit Monaten im Gange, erfolgen durch die Hauptkasse für das Kriegsgefangenenwesen, Berlin SV. 68, Schützenstraße 3, und zwar zu dem Kurse des Tages, an dem die Heimkehrer das Durchgangslager passierten, stets aber infofern auf Schwierigkeiten, als die Heimatanschriften der Empfangsberechtigten in den englischen Listen fehlen und diese erst ermittelt werden müssen. Hieran wäre es also dringend erwünscht, daß die Anspruchsberechtigten unter Einsendung ihrer Ausweise sich ihrerseits mit der genannten Hauptkasse in Verbindung setzen.

Die Weisheit über die legitime Lohnnerhöhung im Kohlenbergbau.

Schon seit längerer Zeit werden über Lohnforderungen der Bergleute die tollsten Gerüchte verbreitet. Es gibt immer noch Leute, die in der gegenwärtigen aufgeregten Zeit neue Unruhe in das Volk hineintragen möchten. Deshalb wird eine objektive Mitteilung über die letzten Lohnvereinbarungen sehr am Platze sein.

Am 25. Juni fanden bekanntlich in Berlin neue Lohnhandlungen auf Grund neuer Forderungen der Bergarbeiterverbände statt. Bei dieser Verhandlung wurde eine durchschnittliche Lohnnerhöhung für das Ruhrrevier ab 1. Juli von 20.— M. pro Schicht erzielt. Für die Ruhrbergleute ist also seit dem 16. Juni folgende Lohnaufstellung eingetreten:

Ab 16. Juni 25.— M. pro Schicht, ferner vom 1. Juli an die bereits durch Schiedsgericht festgelegte Lohnnerhöhung von 10.— M. und dazu die am 28. Juni vereinbarte Lohnaufstellung von 30.— M. pro Schicht; sodass eine Gesamtlohnnerhöhung ab 16. Juni von durchschnittlich 65.— M. pro Mann und Schicht in Betracht kommt. Am 3. Juli wurde im Zeicherverbau über die Lohnverteilung beraten. Es wurde für die über 20 Jahre alten Arbeiter eine Lohnnerhöhung von 70.— M. festgelegt.

In den übrigen Kohlenrevieren wurde eine ähnliche Lohnsteigerung wie für das Ruhrrevier getroffen. Damit ist der Lohn der Bergarbeiter so erhöht, daß eine weitere Abwanderung von Arbeitern aus dem Bergbau vermieden wird und eine Steigerung der Kohlenproduktion noch erwartet werden kann.

Zulässigkeit der Textilpreise.

Durchüber berichtet "Der Deutsche": Die Teuerungsstatistik in Deutschland ist ein sehr schwieriges und in seiner bisherigen Durchführung vielsach anstrengbares Problem. Schon die Feststellung der Preise, die als Grundlage für die Errechnung der Teuerungszahlen dient, ist ein umständliches und verantwortungsreiches Geschäft, bei dem es sich darum handelt, wirkliche Durchschnittspreise festzustellen, was trotz der zahlreichen Preisstellungskommissionen und der Mitarbeit städtischer statistischer Beamter ganz nicht einfach ist.

Neuerdings geht man nun davon, auch die Textilpreise in die amtliche Teuerungsstatistik hineinzubringen, während bisher die deutschen Indexziffern nur Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung enthielten. Die Feststellung von Preisen für durchschnittliche Textilien ist natürlich noch schwieriger als etwa die Feststellung von Butter- und Gemüsepreisen. Umso bedauerlicher ist es, daß einzelne Verbände der Textilbranche anscheinend eine wirtschaftsgetreue Statistik bewußt verhindern wollen.

Uns liegt ein Rundschreiben eines Reichsverbandes aus der Konfektion vor, das den Untergruppen und einzelnen Mitgliedern des Verbandes Richtlinien vorschreibt für den Fall, daß die statistischen Amtsstellen beauftragt, Gemeindebehörden in den einzelnen Geschäften Preissfeststellungen machen, und zwar unter Hinweis darauf, daß "die statistische Bearbeitung dieser Zahlenangaben zweifellos große Gefahren für unsere Branche" enthalten. Um ungesähe einheitliche Preise für die Statistik "herzustellen" müßt man die Reichsindexziffer zugrunde legen und dann einfach die Preise von 1914 mit der Reichsindexziffer multiplizieren, d. h. also: nicht die wirklich gezahlten Preise für Textilien werden angegeben, sondern es wird ein Friedensgrundpreis jenseits mit 50 oder 60, je nach dem Stand der Großhandelsindexziffer, multipliziert. Dadurch wird einfach verhindert, daß man aus der Statistik etwa feststellen kann, ob Textilien ausnahmsweise stark oder vielleicht verhältnismäßig gering gestiegen sind, im Vergleich zu anderen Artikeln. Kommt diese Methode zur Anwendung, so wird der Eindruck erweckt, als wenn Textilien eben entsprechend der allgemeinen Geldentwertung, wie sie im Durchschnitt der Preise für Nichttextilien sich ausdrückt, gestiegen wären. In Wirklichkeit ist es bekanntlich ein bisschen anders.

Da in dem Rundschreiben die einzelnen Geschäftsinhaber aufgefordert werden, unter keinen Umständen Preise anzugeben, bevor man sich mit der Geschäftsstelle des betreffenden Verbandes in Verbindung gesetzt hat, dürfte es dem Statistischen Reichsamt schwer fallen, überhaupt den Wirtschaftsentsprechenden Textilpreise zu erhalten. Die Preissfeststellung für Textilien ist bei der Vielfältigkeit der Qualitäten jedoch an sich sehr er schwert, sie wird unmöglich, wenn einzelne Verbände daran gehen sollten, das Quellenmaterial bewußt zu verfälschen.

Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte.

Befugnisse der Betriebsräte.

Bei einer Firma in der bergischen Textilindustrie trat ein Teil der Belegschaft in Streik, weil die Firma sich geneigert hatte, eine Betriebsratsitzung während der Arbeitszeit abzuhalten. Selbst von Seiten der Gewerkschaften wurde dieser Streik als "wild" bezeichnet. Die Einigungsverhandlungen scheiterten nach mehreren Stunden an der Forderung des Betriebsrates, ihm grundsätzlich eine Betriebsratsitzung im Monat während der Arbeitszeit zuzustellen. Diese Forderung wurde von den Arbeitgebern selbstverständlich abgelehnt und eine Entscheidung des Gewerbeaufsichtsamtes eingeholt, die das Verlangen des Betriebsrates als ungesehlich bezeichnete. Es heißt in den Ausführungen des Gewerbeaufsichtsamtes u. a.:

Aus § 30 des Betriebsratsgesetzes geht hervor, daß nur in dringenden Fällen Betriebsratsitzungen während der Arbeitszeit stattfinden können. Daraus folgt, daß das Verlangen des Betriebsrates, vorher in regelmäßigen Zwischenräumen Sitzungen während der Arbeitszeit festzulegen, unberechtigt ist. Ebenso ist es wider堁ig, längere Zeit vorher Sitzungen während der Arbeitszeit festzulegen, die nur in dringenden Fällen stattfinden sollen.

Nach einigen weiteren Tagen des Streiks ließ dann der Betriebsrat seine ungewöhnliche Forderung fallen.

Aus unserer Industrie.

Beilegung des Konflikts zwischen den Wollverbinden und ihren Wirkmännern.

Die Verhandlungen zwischen der Konventionsgemeinschaft der Wollwebereiverbände einerseits und den Verbänden des Einzel- und Großhandels andererseits haben am 1. Juli zu einer Verständigung geführt. Die Konventionsgemeinschaft der Wollwebereiverbände hat nachgegeben und auf unbegrenzten Preisvorbehalt verzichtet. Der Preisvorbehalt beträgt generell nicht mehr als 20 Proz. auch für solche Aufträge, die eine Lieferzeit von mehr als drei Monaten umfassen. Die Regelung gilt für Kirche, die vom 1. Juli 1921 erteilt werden. Der Reichs- und des Textil-Einzelhandels hat daraufhin beschlossen, gemeinsam mit den übrigen Abnehmergemeinschaften, die von ihm angekündigte Auftrags- und Musterwerke mit sofortiger Wirkung aufzugeben. Gleichzeitig ist ihren Mitgliedern durch Verbandsbeschluß verboten, beim Einkauf von Erzeugnissen der Wollweberei einen 20 Prozent überschreitenden Preisvorbehalt anzuerkennen.

Wettbewerb des Auslandes in der Baumwollindustrie.

Der Wettbewerb eldässischer, schweizerischer und englischer Baumwollgewebe und Garne auf dem deutschen Zukunftsmarkt hat sich in den letzten Wochen in verhältnismäßig sichtbarem Maße bemerkbar gemacht, da das Ausland angesichts der unbedeutenden Geschäftslage große Anstrengungen macht, ihre Waren vielfach wohl auch ohne Gewinn in Deutschland abzusetzen. Die deutschen Abnehmer haben von den ausländischen Angeboten dann Gebrauch gemacht, wenn die Preisstellung günstiger war. Gleichzeitig trug auch der Umstand, daß das Ausland schnell lieferbare Ware zu festen Preisen anzubieten vermochte, dazu bei, das Geschäft zu erweitern, während die deutschen Hersteller fast durchweg Preisvorbehaltlaufen, geringe Preise und freibleibende Liefertermine verlangen. Der erste Auslandswettbewerb ist auch der Anstoß zu der vor kurzem erfolgten Herabsetzung der Preise für Baumwolle in Rückläufen gewesen, die um etwa 5 M. gegenüder der letzten Preisliste vom 27. März vom deutschen Käufmannsgericht vorgenommen worden ist.

muss uns in den kommenden schweren Wirtschaftskrispen befießen. Ein zu unzureichendes Handlungswissen macht nun jeder Gewerbeaufsichtsrat schuldig, der sich in dieser Zeit vor dem Opfer bringen will. Jedes Mitglied hat zufolge eines Beschlusses der leitenden Verbandsinstanzen vier Sonderbeiträge zu entrichten. Jeder einzelne Beitrag muss mindestens so hoch sein wie ein Stundenverdienst.

Aus der internationalen Textilarbeiterbewegung.

Sozialdemokratischer Terror in Oberösterreich.

In Traun und Wels in Oberösterreich waren 30 Mitglieder des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes zum christlichen Textilarbeiterverband Österreichs übergetreten. Die Übergetretenen, die als christlich geltend sind, waren bis zu ihrem Übertritt Zwangsmitglieder der sozialdemokratischen Organisation. Sie wollten nun endlich mit ihren Gewissensfreunden zusammen in einer christlichen Gewerkschaft vereint sein. Die Sozialdemokraten hielten das mit allen Mitteln zu verhindern. Schließlich schreckten sie nicht einmal vor dem Verhängnis, vor der Brotostrafung der christlich Organisierten zurück. Es wurde diesen von den Betriebsräten die Arbeitsaufnahme verwehrt mit dem Hinweis, daß sie nur dann ihre Arbeitsplatte wieder betreten könnten, wenn sie zur sozialdemokratischen Organisation zurückkehrten. Schon wieder lang sind die Terrorisierten ohne Arbeit und Verdienst möglich. Die Angelegenheit ist bei den österreichischen Gerichten anhängig gemacht.

Der Vorgang ist nicht nur eine Verleugnung der Vereinigungsfreiheit der Arbeiterschaft, sondern auch eine Verbreitung des Betriebsratsgesetzes. Die Zugehörigkeit zu einer Organisation muß ein unantastbares Gut für jeden Staatsbürger bleiben. Wer jemand in einer Organisation mit Gewalt oder Drohung hinwegpreist, macht sich eines schweren Vergehens schuldig. Nach uns zugegangenen Mitteilungen haben es die maßgeblichen Regierungssstellen an jedwedem Schutz für die Terrorisierten fehlten lassen. Das ist uns umso unverständlicher, als in Österreich gerade die Christlich-Sozialen in der Regierung ausschlaggebend sind. Unsere Kollegen vom österreichischen Bruderverband müssen deswegen die Regierung ganz rücksichtslos auf ihre Pflichten hinweisen.

Aus unserer Bewegung.

Nachläufe zum Textilmasterstreik im rechtsrheinischen Bezirk.

Die Bonner Bezirksleitung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands hatte eigentlich nicht die Absicht, öffentlich zu dem zurückliegenden Textilmasterstreik Stellung zu nehmen, weil dieser wahrlich kein Ruhmesblatt in der gewerkschaftlichen Geschichte der Meister bedeutet. Ein Artikel in Nr. 20 der "Deutschen Werkmeisterzeitung" weicht uns jetzt erst zu Gesicht kommt, zwingt uns jedoch dazu.

Der Artikel schreibt: "Der Meister durfte, zu jüngsten unrichtig oder verkehrt wiederzugeben. Andere wichtige Dinge, die ausschlaggebend sind, einfach zu verschweigen. Aus diesem Grunde wollen wir den Verdegang dieses traurigen Kapitels einmal chronologisch aneinanderreihen."

Schon im Jahre 1919 wurde im ersten Textilartikel für den rechtsrheinischen Bezirk eine Sondervereinbarung für die Meister geschaffen, die ihrem Wesen nach nicht als Unzuständige zu betrachten sind. Dieselbe bezog sich zunächst nur auf die Gehaltsfrage. Bei jeder Tarifverhandlung ist durch die Arbeitnehmerorganisationen verfügt worden, die Positionen der Meister zu verbessern. Im Laufe des Jahres 1920 wurde die Meisterfrage immer mehr in den Vordergrund gesetzt und zeigte auch die Meisterschaft selbst mehr Interesse für die Verbesserung ihrer Lage.

Im Juni 1921 wurde eine Vereinbarung mit dem Werkmeisterverband getroffen, einen besonderen Meistertarif zu schaffen. Bei dieser Vereinbarung wurde von unserer Bezirksleitung darauf hingewiesen, daß der Sondermeistertarif keineswegs als Agitationsmoment für den Werkmeisterverband dienen dürfe. Dem wurde von Seiten des Werkmeisterverbandes durch Herrn Stegmaier zugesagt und festgestellt, daß nur die Meister zum Werkmeisterverband gehörten, die dem Meister ihrer Beschäftigung nach als Angestellte angesehen wurden. So wurde in späterer Einigkeit und nicht wie es in dem Artikel heißt: "trotz aller dieser Quertreibereien" am 28. Juli 1921 ein besonderer Tarifvertrag für die Meister der Textilindustrie abgeschlossen. Am dem Abschluß waren laut Protokoll beteiligt die Arbeitgeber der rechtsrheinischen Arbeitsgemeinschaft, der Deutsche und Christliche Textilarbeiterverband, der Deutsche Werkmeisterverband, sowie der Deutsche Werkmeisterbund.

Gleich nach Tarifabschluß bei der Unterzeichnung kam jedoch schon der Protestus vom Deutschen Werkmeisterverband zum Vortheil, indem man gegen die Winkunterzeichnung des Deutschen Werkmeisterbundes Einspruch erhob. Erst als unsere Bezirksleitung dann auch ablehnte, den Tarifvertrag zu unterzeichnen, gab man nach. Sofort nach Abschluß des Meistertarifs legte eine gewaltige Hege gegen die, um mit Stegmaier zu reden, Arbeitnehmerverbände ein. Gleichzeitig wurde entgegen der Winkunterzeichnung im Juni eine planmäßige Agitation mit dem neuen Meistertarif durch den Werkmeisterverband in Szene gesetzt. Durch große Versprechen wurde alles möglich und unmöglich in den Werkmeisterverband hineingetragen, so daß die Textilarbeiterverbände und die vernünftigen Meister vorausahnen, daß eine solche Agitationsmethode törichtig zum Zusammenbruch für den Agitator führen würde. Aus diesem Grunde haben wir damals nicht schärfer zugegriffen.

Wenn in dem Artikel in der "Deutschen Werkmeisterzeitung" eine lange Litanei über den Gauleiter Steinbrink vom Deutschen Textilarbeiterverband steht und damit in einem kurzen Satz darunter, daß die Führer vom christlichen Textilarbeiterverband dieselbe Ansicht vertreten, so ist das direkt wider besseres Wissen und ditten wir um Beweise. Unsere Bezirksleitung hat überall auch die ethischen Interessen der Meister vertreten und gefordert, den Meistern die Streitigung einzuräumen, die denselben infolge ihrer Leistung innerhalb der Produktion zusteht. Wenn es galt, die Lohnverhältnisse der Meister zu regeln, stand unsere Bezirksleitung an erster Stelle. Das ergibt sich ganz klar aus den Verhandlungsprotokollen. Wir waren ja auch in der Lohnfrage nicht durch den Angestelltentarif eingeschlossen, sondern konnten zu jeder Zeit frei handeln.

Macht um Macht

Zum Beispiel schlugen die Arbeitgeber regelmäßig den Meistern dieselbe Lohn erhöhung vor, welche sie den Angestellten bewilligt hatten. Diese Säge war Stegmaier stets gewillt anzunehmen. Von den Textilarbeiterverbänden mussten dieselben als zu gering abgelehnt werden, so auch in einer Verhandlung am 21. 11. 21. In einer erneuten Verhandlung am 28. 11. 21, an der Stegmaier vom Deutschen Werkmeisterverband nicht teilnahm, wurden für die Meister wesentlich höhere Lohnsätze durch die Vertreter der Arbeiterorganisationen herausgeholt. Dieses Spiel wiederholte sich bei jeder Verhandlung bis zu der Lohnverhandlung für Februar-März 1922. Die Arbeitgeber boten wieder prozentual dieselbe Erhöhung an wie beim Angestelltentarif, welche niedriger war als die für Februar-März in der Werkmeisterzeitung genannte. Weder wurden die Säge als zu gering von den Arbeiterorganisationen abgelehnt, obwohl der D. W. V. bereit war, die angebotenen niedrigeren Säge anzunehmen. Um Schlichtungsausitus Barmen wurde vom Vorsitzenden der Vergleichsversialaa gemacht, die Lohnsätze der Meistergruppen 1 und 2 um je M. 100, der Gruppe 3 um M. 150 zu erhöhen. Die Arbeitnehmervertreter waren sich einig, einen solchen Schiedspruch anzunehmen. Der Schiedspruch brachte jedoch keine Erhöhung der Grundlöhne, sondern wollte die obigen Säge als eine einmalige Leistungssumme für März geben. Daraufhin lehnte unser Bezirksleiter im Auftrage sämtlicher Arbeitnehmervertreter den Schiedspruch ab, weil die obengenannten Säge nicht als Erhöhung des Grundgehaltes gelten sollten.

Um anderen Tage erklärte der D. W. V. für den 29. 3. den Streik, ohne zuvor mit den anderen ertraglosen Organisationen Fassung genommen zu haben. Es wurde beschlossen, am Morgen des 29. 3. in allen Firmen vorstellig zu werden mit der Forderung, in Zukunft nach dem Angestelltentarif entlohnt zu werden, also durch Streik die Meister zu Angestellten zu machen. Wenn hierzu entschuldigend im Artikel gesagt wird, daß der Werkmeisterverband *weil* der Meister im rechtsrheinischen Bezirk ersäßt, so grenzt das, gelinde gesagt, an Großzügigkeit.

Als in der Streikversammlung am 30. 3. sich die Vertreter der beiden Textilarbeiterverbände mit dem Werkmeisterverband solidarisch erklärten, so geschah das von uns in der Vorausicht, daß es nur ein Kampf sei. Die Forderung, nach dem Angestelltentarif entlohnt zu werden, konnten die Textilarbeiterverbände niemals ausspielen und vertreten; dieselbe wurde auch vom D. W. V. bestritten.

In einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie aus Anlaß der Lohnverhandlungen für April wurde den Textilarbeiterverbänden die Frage gestellt, ob sie den unter Schriftbuch vom D. W. V. aufgenommenen Streik der Textilarbeiter um das Angestelltenverhältnis unterstützen wollten. Die Arbeitnehmerorganisationen erklärten, für sie sei der Streik nur ein Schwachsinn. Unsere Seite wurde erzielt, daß in aller Freiheit das Angestelltenverhältnis gefordert werden sei. Von den Arbeitgebern wurde zugefragt, in der Lohnfrage den Meistern die Säge auf den Grundlohn zu zahlen, welche der Schlichtungsausitus als eine einmalige Summe geben wollte.

Es drehte sich also nicht darum, wie es in dem Artikel heißt, den Deutschen Werkmeisterverband kaputt zu machen oder seinem Führer das Rückgrat zu brechen, sondern es handelte sich darum, die ganze Angelegenheit wieder auf eine für die Textilarbeiterverbände annehmbare Registriermöglichkeit zu stellen. Es wurde also in der Sitzung für März eine Einigung erzielt, wenn die Zusatzsätze auf den Grundlohn gelegt werden würden. Das ist auch dem D. W. V. mitgeteilt worden. Aber entweder hätte der selbe seinen streikenden Mitgliedern zu viel versprochen, oder er glaubte allein stark genug zu sein, den Streik ohne die Solidarität der Arbeiterschaft führen zu können, sonst für sein Standpunkt weiter zu streiken, wenn es nicht um das Angestelltenverhältnis ging, nicht zu verstehen. Oder hatte man nicht den Mut, den Meistern die Wahrheit zu sagen? Wenn die Mitglieder des D. W. V. erkannt hätten, wie systematisch die Dinge durch den D. W. V. verschleiert wurden, sie wären vielleicht frühzeitig geworden. Nur aus Furcht, die Wahrheit könnte gezögert werden, ließ man die Führer der Textilarbeiterverbände in der letzten Streikversammlung nicht zu Wort kommen. Man fürchtete wohl, daß sie etwas klarer die Herr Stegmaier den anwesenden Meistern die Verhinderungen mit dem Arbeitgeberverband aneinandergezeigt hätten. Man fürchtete, die Dinge würden so hingegangen, wie sie wirklich lagen.

So kam dann, was kommen sollte. Der Streik wurde vom D. W. V. abgetrieben. Der Schlüssel dieses Kampfes, in dem die Meister und Arbeiter für nichts gesetzliche Opfer durch Gewaltmaßnahmen getragen haben, war für den Deutschen Werkmeisterverband ja wiederum zweitrangig, wie wir kaum jemals etwas ahnen können. Wenn der D. W. V. seine Forderungen nicht über den wirklichen Ausgang des Kampfes in Zukunft hinaus will, dann muß er doch einmal den Preisball über die Schlagabzieher gegen vom 26. 4. 22 im Vorland in seiner Zeitung veröffentlichnen. Das würde zweifellos zur Klarheit beitragen und er hätte dann nicht notwendig, über unseren Bezirksleiter Dinge zu verbreiten, die nicht den Letztposten entsprechen. Was am 1. April unter Regierungserichtung in dieser Erwartung gezeigt hat, das ist, daß der Streik der Verhandlungen herausforder, so war das für ihr Werkmeisterstand das einzige was verhindern konnte. Das war der Rettung der staatlichen Textilarbeiter über 20 Jahre für den Monat April als Lohnzusage erhalten. Er hat aber keineswegs gezeigt, daß dieser Tag das höchste darstellte, was bei einer Verhandlung zu erwarten war.

Dann verhängt der Artikel in bekannter demagogischer Weise, daß die Verhandlung über die Meisterlöhne nicht am 1. April, sondern am 25. April stattfinden darf, und das in der doppelmässigen Zeit durch den Meisterverband, der die Textilarbeiterseite noch eine Erhöhung für die Hilfsmeister in der Verhandlung am 25. 4. verlangt.

Wenn wir nun D. W. V. von bekannter demagogischer Weise reden, führt mir die Tatsache, daß diese unsere Beobachtung die eindringende Seite der Verhandlungssituation vom 26. 4. und 22. 5. 22 ist.

heißt die Parole, die von den Schärmschäfern im Lager der deutschen Textilindustriellen ausgegeben worden ist. Die Offenlichkeit muß in den nächsten Wochen erleben, daß das Wort Arbeitersolidarität keine leere Phrase ist, sondern ein Wort von echtem Klang und vollem Inhalt. Jedes Mitglied tritt am wirkungsvollsten ein für die Wahrung der Arbeiterrechte durch Stärkung des Kampffonds unseres Verbandes.

ihrem Verbande. Nur auf diesem Wege sei eine Verbesserung der Lage der deutschen Textilarbeiterchaft möglich. Hierauf schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

† Sterbetafel. †

Name	Ort	Alter
Bernhard Müller	Baer	57 Jahre
Frau Holleg	Forst	23 "
Frau Edert	Greven	23 "
Gerhard Bienen	Dedt	72 "
Johannes Ellermann	Hagen	42 "
Wenzel Prenger	Rheine	18 "
Friedrich Groß	Höllstein	61 "
Helene Hilding	Werden	24 "
Georg Scheiber	Ötterberg	23 "
Gertrud Klinema	Sronau	20 "
Paul Birkensh	Dören	32 "
Wilhelm Münen	Bocholt	39 "
Albert Meendermann	Gildehaus	47 "
Johann Nelleßen	Löbberich	63 "
Moja Weizenberger	Erzingen	36 "
Johann Meyer	Mönchbach	52 "
Johann Sieben	Nachen	53 "
Peter von Straeten	Lodden	67 "
Meinrad Thoma	Wolfsheim	22 "
Mathilde Berstege	Köllnau	62 "
Wilielma Weber	Barmen	62 "
Gustav Bornsiek	Werdhorn	19 "
Friedrich Klinge	Barmen	61 "
Wilhelm Albert Spieker	Neersen	35 "
Elsie Schulze	Barmen	60 "
Minna Franke	38 "	
Ferdinand Rabanus	Warden	27 "
Unton Lemper	St. Vitus	68 "
Gustav Beckers	Löbberich	63 "
Wilhelm Vollesien	Eberfeld	51 "
Karl Löb	Südingen	61 "
Ernst Müller	Augsburg	25 "
Andreas Rosenwirth	Neustadt	70 "
August Grande	Düren	29 "
Wilhelm Hoer	Engelskirchen	69 "
Heinrich Seghols	Brehell	62 "
Theresa Reichmann	Reichbergshausen	65 "
Hermann Pfaff	Gretz	69 "
Anigunde Püllen	Giesenkirchen	20 "
Hermann Donfels	Bieren	72 "
Franz Weber	Schirgiswalde	59 "
Fridolin Albiez	Sädingen	63 "
Franz Nolte	Appelhüsen	17 "
Franz Ginkel	Blumenthal	39 "
Wilhelm Zörster	Küdingen	62 "
Katharina Ziegler	Kolbermoor	73 "
Josef Meier	Kolbermoor	63 "
Ernst Ulricht	Wehrsdorf	57 "
Emma Wäch	Spielberg	18 "
Ermiline Henner	Landeshut	61 "
Marie Kadenbach	Landeshut	61 "
Adam Bohl	Landeshut	69 "
Franz Heidrich	Hainh	60 "
Anna Peters	Oberbrück	19 "
Dorothea Höhmann	Eversberg	21 "
Hubert Keilhauer	Lachen	29 "
Heinrich Kerner	Gronau	39 "
Arnold Lang	Augsburg	52 "
Biktoria Heinle	Augsburg	40 "
Frau Brünning	Borjolt	32 "
Josef Dittmann	Landeshut	62 "
Anna Grante	Kleinenbach	69 "
Josef Blum	Gansel	76 "
Franz Gerlach	Landeshut	70 "
Frau Therese Marx	Brombach	36 "

Besondere Bekanntmachungen.

Adressenänderungen.

Bezirk Bayreuth: Vor. Josef Hammer, Karlstr. 2

Bezirk Westfalen.

Rheine: Kass. Herm. Hans, Gartenstr. 5.

Bezirk Baden.

Arlen: Vor. Johann Niedler, Niedersingen Bez. Konstanz.

Inhaltsverzeichnis.

Seite 1: Die Idee der Generalausprägung. — Die Freiheit, die sie meinen. — Zur Arbeitszeitfrage. — Professionelle Arbeitervereine und christliche Gemeinschaften. — Eine Vermögensverteilungsgesellschaft ist Alten! — Allgemeine Rundschau: Das Gegenteil ist wahr! — Fabrikarbeiter im Monat Juni 1919. — Die rücksichtige Arbeitslohnung aus der Zeit der englischen Kriegsgefangenschaft. — Die Wahrheit über die letzte Lohnerschöpfung im Kohlenbergbau. — Säumung der Textilarbeiter. — Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte: Befürworter der Betriebsräte. — Aus unserer Industrie: Beilegung des Konflikts zwischen den Wollverarbeitern und ihren Abnehmern. — Weltbewerb des Auslands in der Baumwolleinführung. — Aus der internationale Textilarbeiterbewegung: Sozialdemokratischer Terror in Oberösterreich. — Aus unserer Bewegung: Nachfrage zum Textilarbeiterstreit im rechtsrheinischen Bezirk. — Berichte aus den Ortsgruppen: Schirgiswalde. — Waldorf. — Sterbetafel. — Besondere Bekanntmachungen. — Für die Schriftleitung verantwortlich: Gerhard Müller.

Düsseldorf 100, Lannerstr. 33.